

Rheinland-Pfalz 2050 – Auswirkungen der demographischen Entwicklung



Ende Oktober hat das Statistische Landesamt mit dem Band „Rheinland-Pfalz 2050 – II. Auswirkungen der demographischen Entwicklung“ den zweiten Teil seiner Studie zur demographischen Zukunft vorgelegt. Ziel des vor rund zwei Jahren veröffentlichten ersten Bandes war es gewesen, die Fakten des demographischen Wandels aufzuzeigen und die Diskussion hierüber in Rheinland-Pfalz zu intensivieren. Der Bevölkerungsrückgang und die zunehmende Alterung der Bevölkerung stellen Bürger, Staat und Gesellschaft vor neue Herausforderungen. Im zweiten Band wird daher insbesondere analysiert, wie sich diese Entwicklungen mittelfristig

bis zum Jahr 2015 und langfristig bis zum Jahr 2050 auf den Bedarf an verschiedenen Infrastruktureinrichtungen auswirken, so auf Kindergärten, Schulen und Pflegeeinrichtungen. Des Weiteren werden die Folgen für das Arbeitskräftepotenzial, die Zahl und die Struktur der privaten Haushalte sowie den zukünftigen Wohnungsbedarf betrachtet.

Modellrechnungen zeigen Korridor möglicher Veränderungen auf

Die Untersuchungen des Statistischen Landesamtes sind keine Prognosen im eigentlichen Sinn. Es handelt sich vielmehr um Modellrechnungen, denen alternative Annahmen zu den Bestimmungsgrößen einer Bevölkerung zugrunde liegen. So soll ein Korridor möglicher Veränderungen aufgezeigt werden.

Mittlere Variante: Bevölkerung würde bis 2050 von 4 Mill. auf 3,3 Mill. sinken

Die mittlere Variante der Vorausberechnungen basiert beispielsweise auf den Annahmen, dass die Geburtenrate bis 2050 konstant bei 1,4 Kindern je Frau bleibt, die Lebenserwartung bis dahin um vier Jahre steigt und der jährliche Wanderungsüberschuss bei 5 000 Personen liegt. Unter diesen Annahmen würde Rheinland-Pfalz bis 2050 rund 17,5% seiner Einwohner verlieren

und hätte im Jahr 2050 nur noch 3,3 Mill. Menschen. Derzeit sind es etwas über 4 Mill.

Bedeutsamer als die zunächst langsam sinkende Bevölkerungszahl ist jedoch die vorgezeichnete Verschiebung der Altersstruktur. Der Anteil der Einwohner über 60 Jahre wird sich nach der mittleren Variante bis 2050 landesweit von einem Viertel auf ein Drittel erhöhen, die Zahlen und die Anteile der unter 20-Jährigen sowie der 20- bis 60-Jährigen werden deutlich abnehmen.

Mittlere Variante: Anteil der über 60-Jährigen steigt bis 2050 von rund 24 auf 35%

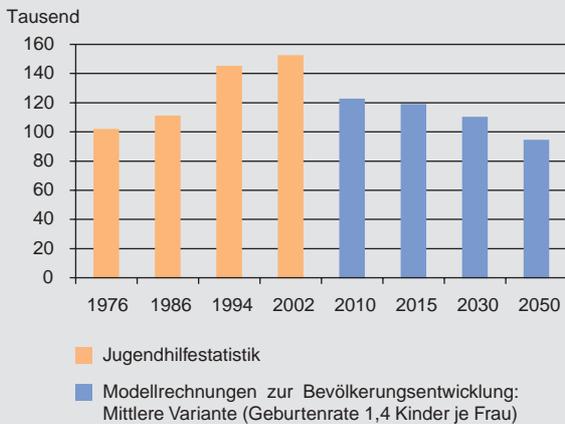
Vielfältige Auswirkungen auf Infrastruktureinrichtungen

Die Auswirkungen dieses demographischen Wandels sind vielfältig. So wird der schon kurzfristig zu erwartende Rückgang der Kindergartenkinder zu einer rechnerischen

Überkapazität bei Kindergartenplätzen kann regional schon 2015 deutlich spürbar sein

S 1

Kindergartenplätze 1976-2050



Entwicklung der Kindergartenplätze:

1976 bis 2002: +50%

Bei konstanter Geburtenrate von 1,4 Kindern je Frau kann die Zahl der Plätze in Zukunft kontinuierlich sinken (Annahme: Versorgungsgrad von 100 Prozent):

2002 bis 2015: -22%

2002 bis 2050: -38%

Übersorgung mit Kindergartenplätzen führen. Bis 2015 könnten diese Überkapazitäten bei Zugrundelegung der mittleren Variante der Modellrechnungen 22%, bis 2050 sogar 38% betragen.

Deutliche regionale Unterschiede

Die sinkende Zahl der Kindergartenkinder fällt in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten des Landes durchaus unterschiedlich aus. Die Gemeinden und Städte werden daher zu unterschiedlichen Zeitpunkten und verschieden stark mit dieser Entwicklung konfrontiert.

Umwandlung bestehender Betreuungsangebote ist eine Alternative

In die Überlegungen zur Anpassung des künftigen Betreuungsangebotes könnte auch die Altersgruppe der unter 3-Jährigen einbezogen werden. Ausgehend von der Annahme, dass nicht mehr benötigte Kindergartenplätze zu Krippenplätzen umgewandelt werden, ließe sich das Angebot für die unter 3-Jährigen deutlich steigern.

Ebenso wie die Zahl der Kinderkrippen- und Kindergartenkinder folgt auch die Zahl der einzuschulenden Kinder unmittelbar der demographischen Entwicklung. Bis 2015 werden nach der mittleren Variante 18% weniger Einschulungen zu verzeichnen sein. Langfristig beträgt der Rückgang sogar fast 35% und ist damit doppelt so hoch wie der Bevölkerungsrückgang insgesamt. Für die Grundschulen bedeutet dies bis zum Jahr 2015 ein Minus von 20% an Schülerinnen und Schülern, bis 2050 eine Abnahme um über 36%. Die Schülerzahlen in der Sekundarstufe I (Klassen 5 bis 10) verändern sich – zeitversetzt – analog zu der Zahl der Grundschüler.

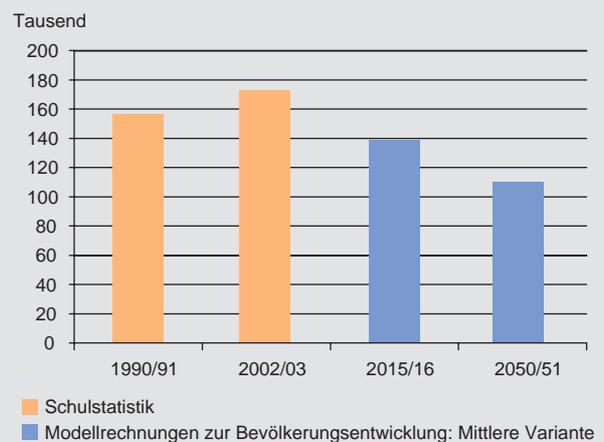
Mittlere Variante:
18% weniger Einschulungen bis 2015

Anders stellt sich die Situation für die Sekundarstufe II dar. Die hohen Geburtenzahlen zu Beginn der 1990er Jahre führen mittelfristig zu noch steigenden Schülerzahlen in den Klassen 11 bis 13. Gegenüber dem Schuljahr 2002/03 wird bis 2015/16 ein Plus von rund 10% errechnet. Langfristig, also bis 2050/51,

Rückgang der Schülerzahlen in der Sekundarstufe II erst nach 2010

S 2

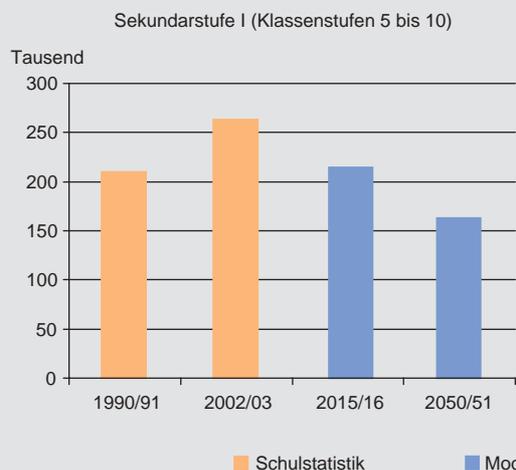
Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Schulen – Grundschulen



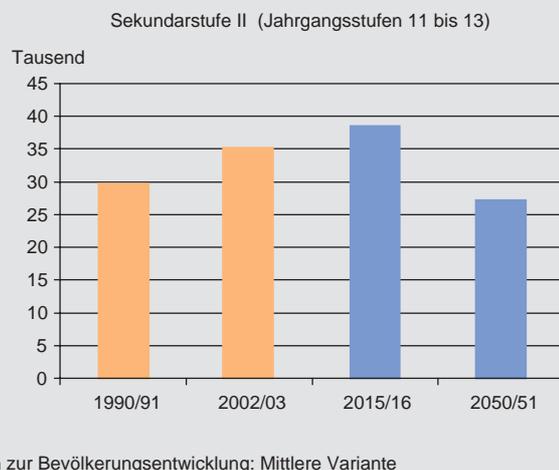
Weniger Schülerinnen und Schüler an Grundschulen:

2002/03 bis 2015/2016: -20%

2002/03 bis 2050/2051: -36%



Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I:
2002/03 bis 2015/16: -19%
2002/03 bis 2050/51: -38%



Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe II:
2002/03 bis 2015/16: +10%
2002/03 bis 2050/51: -23%

wird es auch in den Oberstufen einen Rückgang geben, der nach den Berechnungen der mittleren Variante bei 23% liegt.

der jungen Fachkräfte niederschlagen. Kurzfristig ist auf dem Lehrstellenmarkt noch keine Entspannung zu erwarten. Vielmehr werden als Folge des Geburtenanstiegs Anfang der 1990er Jahre in den kommenden Jahren mehr Ausbildungsplätze notwendig sein. Im Jahr 2007 dürfte der rechnerische Bedarf mit rund 28 800 noch einmal einen Höchstwert erreichen, das sind gegenüber 2003 etwa 1 300 Ausbildungsstellen mehr. Bis 2015 wird dieser Bedarf wegen des Rückgangs der Zahl junger Menschen auf rund 26 400 bzw. bis 2050 auf etwa 19 200 sinken.

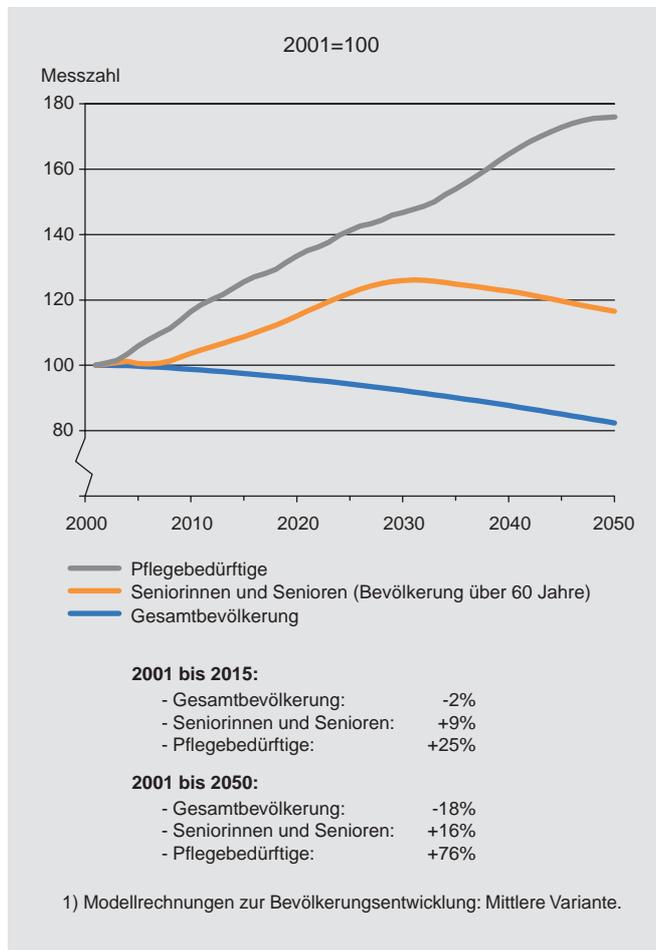
Bis 2015 noch steigende Zahl von Abiturienten

Wichtig für den Arbeitsmarkt und die Hochschulen sind die zu erwartenden Abschlussqualifikationen. Während bei den Hauptschulabschlüssen bereits bis 2015/16 ein Rückgang um fast 25% gegenüber 2002/03 zu verzeichnen ist, geht die Zahl der Schulabgänger mit qualifiziertem Sekundarabschluss I (mittlere Reife) nur um 2% zurück; die der Abgänger mit Fachhochschulreife und Abitur steigt noch um 13 bzw. 16% an. Langfristig, also bis 2050/51, sinkt die Zahl der Absolventen an allgemein bildenden Schulen in allen Abschlussarten.

Voraussichtlich ab 2007 sinkt der Bedarf an Lehrstellen

Der Rückgang der Zahl junger Menschen wird sich in den kommenden zehn Jahren auch im Bereich der Auszubildenden und

Während die Zahl der Menschen im Kinderkrippen-, Kindergarten- und Schüleralter zukünftig sinkt, ist bis etwa 2030 gegenüber 2000 mit einem Anstieg der Bevölkerung in der Altersgruppe 60 Jahre und älter von 28% zu rechnen. Allein bis 2015 wird die Zahl der über 75-jährigen um 36% zuneh-



25% mehr Pflegebedürftige bis 2015

men. Vor diesem Hintergrund kann damit gerechnet werden, dass – bei Zugrundelegen des heutigen Pflegeverständnisses – die Zahl der Pflegebedürftigen um 25% steigen wird. Bis zum Jahr 2050 ist – mit regionalen Unterschieden – sogar von einer Zunahme um 76%, bei gleichzeitig sinkender Gesamtbevölkerungszahl, zu rechnen. Dies wird spürbare Auswirkungen auf Pflegeeinrichtungen sowie die Ausgestaltung der ambulanten und stationären Pflege haben. Schon heute ist es Ziel der Landesregierung, die ambulante Pflege weiter zu stärken, um pflegebedürftigen Menschen so lange wie

es geht den Aufenthalt in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen.

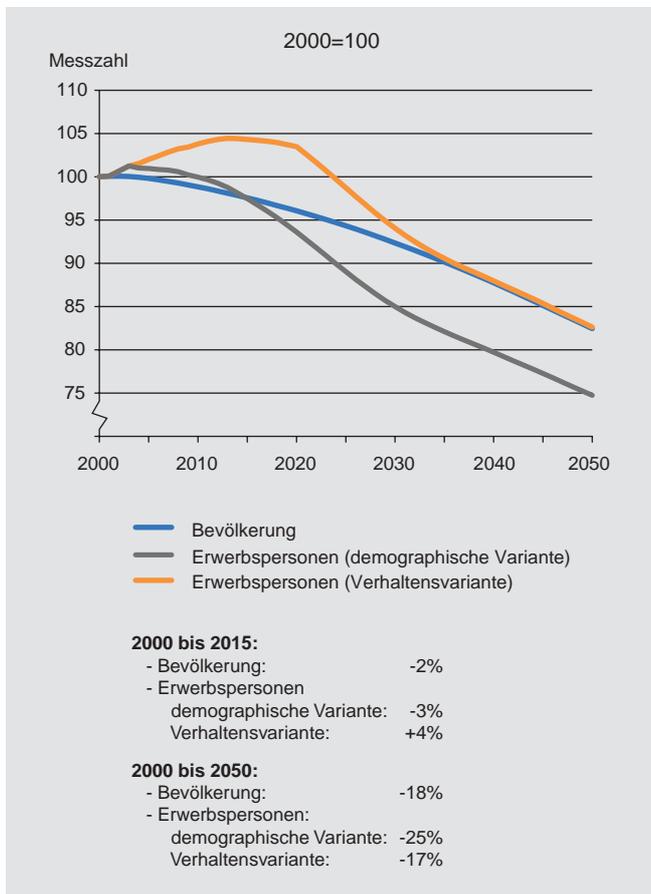
Gleichbleibendes Erwerbspersonenpotenzial erfordert höhere Erwerbsbeteiligung

Für Wirtschaft und Unternehmen ist der demographische Wandel mit der Herausforderung verbunden, Güter und Dienstleistungen verstärkt am Konsumverhalten einer alternierenden Gesellschaft auszurichten. Dieses Angebot muss mit immer älter werdenden Belegschaften und einem reduzierten Arbeitskräftepotenzial erbracht werden.

Der zuletzt genannte Aspekt wird in der Studie unter zwei Gesichtspunkten analysiert: Im Zuge einer so genannten demographischen Variante wurden die derzeitigen Erwerbsquoten von Frauen und Männern in die Zukunft fortgeschrieben, so dass der Einfluss der Bevölkerungsentwicklung auf das zukünftige Erwerbspersonenpotenzial erkennbar wird. Demgegenüber wurde im Rahmen einer Verhaltensvariante – angelehnt an die Situation in benachbarten europäischen Ländern – eine weiter steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen sowie eine insgesamt längere Erwerbsbeteiligung unterstellt. In beiden Fällen wurden bis zum Jahr 2015 keine größeren Veränderungen der Zahl der Erwerbspersonen – bei allerdings gegenläufiger Entwicklung – errechnet.

Einem Bevölkerungsrückgang von rund 100 000 Menschen oder –2,4% steht bei der demographischen Variante prozentual ein etwa gleich großer Rückgang der Erwerbspersonen (49 000 Menschen) gegenüber. Gelänge es, die Erwerbsbeteiligung entsprechend den Annahmen der Verhal-

Zahl der Erwerbspersonen bei zwei Berechnungsvarianten bis zum Jahr 2015 weitgehend unverändert



tensvariante zu verändern, würde das Erwerbspersonenpotenzial dagegen um 4% ansteigen.

Bis 2050 bei unveränderter Erwerbsbeteiligung 25% weniger Erwerbspersonen

Bis 2050 kommen demgegenüber auf Gesellschaft und Wirtschaft voraussichtlich größere Herausforderungen zu. Wenn sich an der Erwerbsbeteiligung gegenüber heute nichts ändert, geht die Zahl der Menschen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, um 25% und damit um über 7 Prozentpunkte stärker als die Bevölkerung insgesamt zurück. Die Gesamterwerbsquote fiel von heute 47,9 auf dann 43,4%. Sollte es aber analog zu der Entwicklung in anderen europäischen Staaten gelingen, über alle

Altersgruppen hinweg die Erwerbsbeteiligung der Frauen und Männer zu erhöhen, dann würde – wie eine entsprechende Modellrechnung zeigt – die Zahl der Erwerbspersonen nicht stärker sinken als die Bevölkerungszahl insgesamt; die Gesamterwerbsquote bliebe bei rund 48%. Bei dieser Variante könnte 2020 eine Erwerbsbeteiligung von insgesamt über 51% erreicht werden.

Andererseits darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die wirtschaftlichen Leistungen zukünftig von einer alternden Bevölkerung erbracht werden müssen. Die Altersstruktur der Beschäftigten wird sich nach der demographischen Variante schon mittelfristig deutlich verändern. Während die Zahl der über 50-jährigen Erwerbstätigen bereits bis 2015 um 37% ansteigt, wird die Zahl der 30- bis 50-jährigen um 17% sinken. Noch deutlicher würden die Veränderungen nach der Verhaltensvariante ausfallen. Diese Entwicklung wird für Gesellschaft und Unternehmen zu einer großen Herausforderung. Aber auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden sich im Laufe ihres Berufslebens, noch stärker als heute, auf wechselnde Arbeitsplätze oder Arbeitsinhalte einstellen müssen. Die Notwendigkeit zu lebenslangem Lernen – auch im fortgeschrittenen Alter – dürfte hierbei für den einen oder anderen mit einer persönlichen Herausforderung verbunden sein und verlangt dem Bildungssektor entsprechende Angebote für alterskonformes Lehren und Lernen ab.

Künftig mehr ältere Arbeitnehmer

Anzahl und Struktur der Haushalte verändern sich

Die demographische Entwicklung wird auch Auswirkungen auf Anzahl und Struktur der privaten Haushalte haben. Nach den Projek-

Zunahme der Zahl der Haushalte bis 2015

tionen wird die Gesamtzahl der Haushalte wegen des weiter anhaltenden Trends zu Ein- und Zweipersonenhaushalten bis 2015 noch um 1,5% zunehmen. Langfristig bis 2050 ist jedoch gegenüber 2000 mit einem Rückgang der Haushalte um rund 8% von heute 1,83 auf 1,68 Mill. zu rechnen. Die Zahl der Haushalte wird nach der mittleren Variante also nur halb so stark sinken wie die Bevölkerungszahl. Die Zahl der Einpersonenhaushalte wird bis 2050 noch um 10% steigen, die Zahl der Großhaushalte dagegen um 58% zurückgehen.

Die Bevölkerungsentwicklung in den Regionen wird in der Zukunft vermutlich noch stärker als heute von der Wirtschafts- und Verkehrsinfrastruktur und der Nähe zu Arbeitsplätzen, von den institutionellen Rahmenbedingungen vor Ort sowie von Wohn- und Freizeitwerten bestimmt werden.

Eine unmittelbare Folge der veränderten Anzahl und Zusammensetzung der Haushalte ist ein veränderter Bedarf an Wohnungen. Der altengerechten Ausgestaltung des Wohnungsangebotes wird hierbei eine zentrale Bedeutung zukommen. Rückbau- und Sanierungsmaßnahmen werden zum festen Bestandteil städtebaulicher Sanierungskonzepte werden.

Die Studie mit dem Titel „Rheinland-Pfalz 2050 – Zeitreihen, Strukturdaten, Analysen – II. Auswirkungen der demographischen Entwicklung“ kann zum Preis von 15 Euro zuzüglich Versandkosten beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz bestellt werden. Bestellformular und -adressen siehe Seite 484.